

## Sozialismus wohin ?

### I. Ausgangslage

Die „Goldenen 50er und 60er Jahre“ sind vorbei. Dunkle Gewitterwolken türmen sich auf und verdunkeln das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft.

Ist der Kapitalismus am Ende, fragen sich besorgte bürgerliche Autoren und blicken mit ängstlichen Augen auf die steigenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme, die der gegenwärtige Kapitalismus erzeugt.

Vor wenigen Jahren verkündeten sie noch stolz: Der Kapitalismus hat über den Sozialismus gesiegt.

Doch die steigende Rekordarbeitslosigkeit, Massenarmut, Staatsverschuldung und die Umweltzerstörung einer- und die steigende Kluft zwischen Arm und Reich andererseits haben die Kritik am Kapitalismus neu belebt. Soziale Auseinandersetzungen breiten sich aus, benachteiligte Bevölkerungsgruppen wehren sich zunehmend gegen die Verschlechterungen ihrer Lebenslage und die bürgerliche Presse schreibt sogar: „Ein neuer Klassenkampf kündigt sich an“ (Lorz, Rheinischer Merkur, 11.4.97).

Mit Lohn-, Sozial- und Bildungsabbau und Privatisierungen versuchen die Neoliberalen das Schiff zu retten.

Vergeblich. Sie reißen mit ihren stumpfen Waffen das Boot noch tiefer in die Krise. Die Investitionen erlahmen und anstatt Nachfrage zu schaffen, verteilen Sie den Reichtum an die Wohlhabenden, die sich mit dem Geld der abhängigen Bevölkerung an der Börse weiter bereichern.

Bricht der Kapitalismus angesichts der politischen Ratlosigkeit und seiner derzeitigen Schwächen zusammen? Steht der Kapitalismus vor einem Trümmerhaufen?

Der automatische Zusammenbruch wurde schon oft in kapitalistischen Katastrophenzeiten vorhergesagt. Eingetroffen ist er nie, weil große Wirtschaftskrisen und Kriege die Profitschranken beseitigten und neue Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital schufen. So war es in den Großen Depressionen des 19. und in der 29er Weltwirtschaftskrise dieses Jahrhunderts. Und ebenfalls waren die zwei Weltkriege Grundlagen für neue kapitalistische Aufschwungsphasen.

Der Kapitalismus stirbt nicht allein an seiner Akkumulationsschwäche. Er produziert seine eigenen Totengräber, weil

1. seine Leistungsschwächen Krisen, Not, Elend und Unheil erzeugen,
2. seine Leistungsstärken Wirtschaftsweisen entwickeln, die seiner eigenen überlegen sind und weil
3. aus der Kombination von Unzufriedenheit und besseren Alternativen Bewegungen entstehen, die sich für das überlegene alternative Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einsetzen und dieses in langwierigen und schmerzhaften Kämpfen durchsetzen.

Erst wenn diese drei Faktoren zusammentreffen, sind die Bedingungen für eine Überwindung des Kapitalismus gegeben. Aktivistische und naturnotwendige Sozialismusedwicklungen sind daraus nicht abzuleiten, weil ohne die höhere Leistungsfähigkeit der neuen Wirtschaftsweisen der Aufbau des Sozialismus scheitert und weil ohne eine sozialistische Bewegung der Kapitalismus mit Hilfe seiner Repressions- und Reinigungsmechanismen noch jahrhundertlang fortbestehen kann.

Auch wenn die ständigen Verschlechterungen die Protestaktionen beleben und der Raubbau am Planet Erde zunimmt, entstehen daraus noch keine Bewegungen für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform. Die Kämpfe verbleiben in Alltagsforderungen und versacken in Niederlagen, solange die krisenhafte kapitalistische Entwicklung anhält und keine Perspektiven vorhanden sind. Fehlen Aussichten auf eine bessere Alternative, breiten sich Resignation, Verzweiflung, Gewalt und Hass aus und das wachsende Heer der Arbeitslosen, Abstiëgsbedrohten und der Ent-

täuschten schafft den Nährboden für faschistische Strömungen, die, wie in Frankreich und ehemals in Deutschland, in Krisenzeiten einen Neuaufschwung erleben. Vergleiche mit der Weimarer Republik sind wieder im Kommen. Und trotz der Erfahrungen und der unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Ausgangsbedingungen ist eine Wiederholung der Geschichte nicht unmöglich.

## II. Sozialismuskonzeptionen

### 1. Markt- contra Plansozialismus

Die Linken stehen den gegenwärtigen Krisenverschärfungen relativ hilflos gegenüber. Verschiedene Richtungen streiten über den richtigen Weg.

Der eine Flügel möchte mit keynesianischen Steuerungsmaßnahmen und Ökosteuern den Kapitalismus sozial- und umweltverträglich gestalten. Der Staat soll richten, was der Markt nicht vermag. Als Feindbild wird der „Kapitalismus pur“ und der Neoliberalismus angeprangert, obwohl die meisten Denk- und Maßnahmenmuster dieser Gruppe der neoliberalen Wirtschaftskonzeption entstammen. Selbst ihr Geistesvater Keynes war eine Stufe weiter und forderte zur Erreichung der Vollbeschäftigung „eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition“ (Keynes, S. 319).

Der andere Flügel leitet aus den steigenden Funktionsschwächen der kapitalistischen Produktionsweise und der Dominanz der Profit- über die Staatssteuerung die Notwendigkeit der Kapitalismusüberwindung und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ab. Innerhalb dieser Konzeption fehlen allerdings einheitliche Vorstellungen darüber, welche alternative sozialistische Gesellschaftsform anzustreben ist.

Die Variante des **Marktsozialismus** (u.a. Bischoff/Menard, Hirsch) hält an der Marktsteuerung fest. Es sollen lediglich die öffentlichen und privaten Unternehmen demokratisiert und die unternehmensinternen Verfügungsrechte auf die Beschäftigten übertragen werden. Über fiskal- und geldpolitische Anreizfaktoren und bestimmte gesetzliche Rahmenbedingungen soll der Staat Fehlfunktionen des Marktes beheben und Marktvermachtungen, Umweltbelastungen, Arbeitslosigkeit, Massenarmut und zu starke Einkommensstreuungen verhindern. Der Staat erhält in diesem Modell eine ähnliche wirtschaftliche Lenkungsfunktion wie bei den Keynesianern. Während jedoch die Marktsozialisten bei unternehmensinternem Kapitaleigentum vom Staatsversagen ausgehen, schafft nach ihrer Vorstellung die unternehmensinterne Kapitalbeseitigung die Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftspolitische Staatslenkung.

Die weitergehende Variante des **demokratischen Plansozialismus** (u.a. Marx, Neurath, Korsch, Gärtner/Luder) strebt wie die Marktsozialisten die unternehmensinterne Demokratie an. Hinzu kommt die Erweiterung der Demokratisierung auf die gesamtwirtschaftliche Koordinationsebene und damit die Aufhebung des Privateigentums zwischen den Unternehmen und der Umbau der Markt- in eine demokratische Planwirtschaft. Eine Behebung der gesellschaftlichen Probleme läßt sich nach Ansicht der demokratischen Plansozialisten nur durch eine „nationale Gesamtplanung unter grundlegender Demokratisierung aller Entscheidungsbereiche“ (SOST 1980, S. 31) erreichen.

### 2. Formen der Wirtschaftsdemokratisierung

Einig sind sich die Markt- und demokratischen Plan - Sozialisten in der Notwendigkeit der unternehmensinternen Demokratisierung. Hierdurch sollen die kapitalistischen Verfügungsrechte aufgehoben und die unternehmensinternen Entscheidungen von den Beschäftigten selbst getroffen werden.

Dies bedingt sowohl die Demokratisierung aller Auslandsunternehmen im Binnenland (und damit deren Enteignung) als auch die Übergabe der inländischen Tochterunternehmen im Ausland an die ausländische Bevölkerung.

Inhaltlich leitet sich die Übertragung der Verfügungsrechte an die Beschäftigten primär aus emanzipatorischen und teilweise aus arbeitsplatzsichernden Gründen ab.

Die unternehmensinterne Demokratie entspricht dem Emanzipationsstreben der abhängig Beschäftigten, erweitert die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, verbessert die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszufriedenheit, steigert die Arbeitsmotivation und begrenzt zugleich die Möglichkeit von betriebsbedingten Entlassungen. Gehört das Unternehmen den Beschäftigten (= Arbeiterselbstverwaltung), begrenzen demokratische Willensprozesse, solange die Existenzfähigkeit des Unternehmens gegeben ist, die Arbeitswillkür und den internbedingten Personalabbau.

Offen ist in beiden Sozialismusvarianten die anzustrebende unternehmensinterne Demokratieform. Denkbar sind die Formen der Direktdemokratie, der Parlamentarischen Demokratie und Mischformen beider Demokratievarianten. Gegen das parlamentarische Demokratieprinzip sprechen die fehlende Entscheidungseinbindung der Beschäftigungsmehrheit und die fehlende Kontrollmöglichkeit der Unternehmensleitung während der Legislaturperiode. Die Mitwirkung der Beschäftigten an Unternehmensentscheidungen ist am besten bei der direkten Demokratie gesichert. Deshalb werden auf der Unternehmensebene direkte Demokratieformen Vorrang vor parlamentarischen Demokratieelementen haben müssen.

Die Demokratisierung der Unternehmen beinhaltet die Demokratisierung aller Produktions- und Dienstleistungsbereiche. Damit wird der Medien-, Versicherungs-, Banken- und der gesamte Staatsbereich in die Demokratisierung einbezogen, einschließlich Bundeswehr, Polizei, Rechts- und Schulwesen und der Verfassungsschutz.

Im Schulwesen werden unter Beibehaltung der staatlichen Bildungsaufsicht die Gesamtkonferenzen die Entscheidungsträger über curriculare, arbeitszeitliche und finanzielle Aufgabebereiche.

Die Staatsaufsicht beschränkt sich auf die Sicherung der Bildungschancen und damit auf die Sicherung der sächlichen und personellen Ausstattung und auf die Vorgabe curricularer, finanzieller und arbeitszeitlicher Rahmendaten und die Einhaltung von Aufnahme-, Bewertungs- und Abschlußkriterien.

### 3. Koordinationsformen der Zirkulationssphäre

Die eigentlichen Kontroversen zwischen den Markt- und den demokratischen Plan - Sozialisten liegen

- a) in der unterschiedlichen Effizienzeinschätzung von Staat, Markt und Plan und
- b) in der Wesensbestimmung des Kapitalcharakters.

Aufgrund der Repression, des ineffizienten Faktoreinsatzes und der Innovationsschwäche, die aus der **zentralen Planung** hervorgingen, lehnen die Marktsozialisten die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsplanung als besseres Steuerungsinstrument ab. Auch wenn mit Schwächen behaftet, ist und bleibt ihres Erachtens der Markt das leistungsstärkste Entscheidungs-Koordinations-Instrumentarium zwischen den vielfältigen Wirtschaftseinheiten.

Da nach Ansicht der Marktsozialisten mit der Durchsetzung einer demokratischen Unternehmensverfassung die Marktwirtschaft ihre Kapitaleigenschaft verliert, sind mit dem Marktsozialismus auch die Fehlentwicklungen der kapitalistischen Produktion behoben.

Demgegenüber hebt nach Meinung der Plansozialisten der Marktsozialismus zwar den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit innerhalb des Unternehmens aber nicht auf gesamtwirtschaftlicher Ebene auf. Die Wesensmerkmale des Kapitalismus ( Privateigentum an Produktionsmitteln, Warenproduktion (= Marktwirtschaft) und Profitproduktion) bleiben ihres Erachtens im Marktsozialismus erhalten. Das Privateigentum besteht fort, weil die selbstverwalteten Unternehmen nach wie vor als unabhängige Warenproduzenten auftreten. Die Profitproduktion bleibt bestehen, weil die Unternehmen im Marktsozialismus dem Zwang der Konkurrenz ausgesetzt sind und der Verdrängungswettbewerb die Unternehmen zur Kapitalverwertung und Kapitalakkumulation zwingt. Die Unternehmen, ob selbstverwaltet oder nicht, die sich innerhalb des Marktes nicht nach diesen Regeln verhalten, werden langfristig vom Markt verschwinden.

Mit der Übertragung der Unternehmensleitung auf die Beschäftigten werden der Warencharakter der Arbeitskraft und damit der Arbeitsmarkt nicht aufgehoben. Die marktorientierte Arbeitsplatz- und Arbeitskräfteauswahl bleiben im Marktsozialismus bestehen. Die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen sind weiterhin der Gewinnmaximierung untergeordnet. An die Stelle der Fremd- tritt die Eigenausbeutung. Die Arbeiter sind dann wie Marx formuliert „als Assoziation ihrer eigener Kapitalist ..., d.h. (sie verwenden) die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit.“ (MEW , Bd.25 , S. 456).

Ähnlich schrieb Neurath 1920 (S. 68) :“Selbst wenn alle Betriebe in das Eigentum der Arbeiter übergangen, die Marktordnung aber bestehen bleibt, wären wir von der Sozialisierung weit entfernt; es könnten dann die Arbeiter gewisser Betriebe Vorzugsrenten beziehen - sie würden wie die anderen ausbeuten - es könnten Krisen, Arbeitslosigkeit usw. auftreten.“

Mit der bleibenden Profitproduktion als dominantes Unternehmensziel werden auch die bisherigen Funktionsschwächen des Kapitalismus und das Primat des Profits über die Politik fortbestehen.

Markteingebettete Kooperativunternehmen reproduzieren die Mängel des kapitalistischen Systems und müssen diese reproduzieren. Der marktbedingte Zwang zur Gewinnmaximierung wird alles überschatten und trotz Staatseingriffe die Bewegungsdynamik des Marktsozialismus bestimmen. Verdrängungswettbewerb, Überakkumulationen und periodische Wirtschaftskrisen werden weiterhin das Bild des Marktsozialismus prägen und Massenarbeitslosigkeit, Massenarmut , Umweltzerstörung und eine steigende soziale Kluft erzeugen und die Solidarität zerstören. Langfristig wird die Selbstverwaltung , wie bisher historisch geschehen, durch kapitalgeleitete Organisationsstrukturen verdrängt, weil letztere eine höhere Marktkonformität besitzen. Damit wird sich der Marktsozialismus selbst auflösen.

Aus der Sicht der demokratischen Plan - Sozialisten ist die demokratische Wirtschaftsplanung auf der Basis der sich entwickelnden Informations- und Kommunikationstechnologie

- a) dem Marktmechanismus überlegen und
- b) erforderlich, damit sich aus den Koordinationsbeziehungen zwischen den selbstverwalteten Wirtschaftseinheiten keine kapitalistischen Funktionsstrukturen und Mängel entwickeln.

Für die höhere Leistungsfähigkeit der demokratischen Wirtschaftsplanung mit Hilfe der neuen Technologien sprechen

1. die Behebung der Marktanarchie und des Verdrängungswettbewerbs,
2. die höhere Leitungsfähigkeit der EDV - Informations- und Kommunikationssysteme,
3. die bessere Übersicht und Gestaltungsmöglichkeit komplexer Systeme,
4. die schnellere Reaktionsmöglichkeit auf Veränderungen,
5. der demokratische Abstimmungsmechanismus ,
6. die eigenverantwortliche Lebensgestaltung,
7. der Ersatz des Profit- durch das Bedarfsprinzip,
8. die gerechtere Einkommensverteilung,
9. die Sicherung der Vollbeschäftigung,
10. die Umweltverträglichkeit der Produktion und
11. die höhere Innovationsfähigkeit der Wirtschaft.

Erst eine gesamtwirtschaftliche demokratische Wirtschaftsplanung ermöglicht eine Abkehr von der Profitorientierung und eine umwelt- und bedarfsgerechte Wirtschaftsgestaltung. Aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Controllings und der demokratischen Entscheidungsabläufe kann die Vollbeschäftigung , der Umweltschutz, die materielle und soziale Grundversorgung gesichert und die Einkommensverteilung und die soziale Ungerechtigkeit auf akzeptable Spannen eingeeignet werden. Ökosteuern als Umweltheilmittel der Marktwirtschaft haben nur geringe Umweltsanierungserfolge, da sie die relativen Preise nur unwesentlich verändern, nur geringe Verhaltensänderungen auslösen und zur weiteren Verarmung führen.

Ein Hinweis für die Leistungsüberlegenheit der Wirtschaftsplanung ist der Planungseinsatz in den heutigen Großunternehmen. Von Daimler-Chrysler bis zum Metro-Konzern werden intern alle wesentlichen Investitions-, Finanzierungs-, Personal-, Produktions-, Beschaffungs- und Marketingentscheidungen nicht über den Markt- sondern über den Planmechanismus gesteuert.

Wäre die Marktsteuerung, wie ihre Apologeten behaupten, so effizient, würde sie auch in kapitalistischen Großunternehmen dominieren. Der Planungs-Zeithorizont und der Einsatz des Controlling-Instrumentariums in den transnationalen Konzernen ist inzwischen umfassender als in manchen früheren Zentralen Planwirtschaften. Es ist der reine Hohn, wenn die Kapitalvertreter nach außen von der Leistungsstärke der Marktwirtschaft schwärmen und die Planwirtschaft verteufeln, aber im eigenen Haus der verteufelten Planungsabteilung das Zepter in die Hand geben.

In die gleiche Richtung geht der Einsatz der staatlichen Planungstechniken, die in der BRD in der Wirtschaftskrise 1966/67 eingeführt und trotz der ständigen neoliberalen Planungskritik ausgebaut und weiterentwickelt wurden.

Neoklassische Argumente gegen die gesamtwirtschaftliche Planung sind u.a. deren angeblich vorhandene Informations- und Anpassungsmängel. Aufgrund der Lücken bei der Informationsbeschaffung-, verarbeitung, -übermittlung und -speicherung und der geringen Anpassungsflexibilität sind nach Ansicht der Neoklassiker die Funktionsstörungen der Planung höher als die der Marktsteuerung (vgl. Bolz/Clement/Lösch, S.126 ff).

Diese Kritik trifft gegenüber der Zentralplanung ohne vorhandene Informationstechnologien durchaus zu.

Eine Wirtschaft ist nicht planbar, wenn technisch und personell die Voraussetzungen und die Unterstützungen fehlen. Entsprechend mußte in der Vergangenheit die Zentralplanung scheitern. Wo der Plan als ein Machtmittel der Partei und der Staatsbürokratie benutzt wird, kann keine Unterstützung der Basis (vgl. Altvater, S.356) und wo die Rechen- und Informationskapazitäten fehlen, kann auch keine Planung (Informationsverarbeitung) bestehen.

Angesichts der fortschreitenden Entwicklung und Ausbreitung der Informationstechnologie und der Demokratisierung der Produktion werden die Kritikpunkte an der Planung zum Bumerang. Mit Hilfe der EDV und der demokratischen Entscheidungsabläufe lässt sich der Informations-Koordinationsprozess schneller und flexibler gestalten als über den Markt, der sich durch erhebliche Informations- und Interaktionsdefizite, Kurzfristigkeit, Fehlreaktionen, Unsicherheiten, Vermachtungen und Starrheiten auszeichnet.

Die hochgelobte Allokationseffizienz des Marktes ist theoretisch nur auf der Grundlage einer Zentralplanung in Form des Auktionators begründbar, der Kraft eines Gottesgeschenkes die vollkommene Marktinformation besitzt und die Informationen den Marktteilnehmern mitteilt, die beliebig nach seinen Spielregeln reagieren..

Ein weiterer Kritikpunkt an der Planung ist die angeblich vorhandene Innovationsschwäche. Auch diese Kritik wird zu Recht an der Zentralplanung geübt. Doch da, wo die Beschäftigten selbstbestimmt handeln und planen, werden Motivationskräfte frei, die der Innovation größere Impulse verleihen als der Konkurrenzdruck des Marktes. Hinzu kommt, dass nicht jede Innovation gesellschaftlich sinnvoll ist (Bspl. Biotechnologie). Der Markt versagt bei dieser Gewichtung, während bei der demokratischen Wirtschaftsplanung die Zweckmäßigkeit des umstrittenen Innovationseinsatzes mehrheitlich entschieden wird.

Nach Leipold (S.20ff) muss jede Planung zur Zentralplanung führen, da jeder einzelne Produzent den Gesamtprozess nicht überblicken kann und dezentrale Abstimmungen die Erreichung der gesamtwirtschaftlichen Planziele verhindern können. Eine Planung verlangt deshalb „einen hierarchisch strukturierten Verwaltungsapparat bei dem die ökonomische Macht an der Spitze zentralisiert ist und Konflikte auf untergeordneten Verwaltungsebenen jeweils durch Entscheidung der übergeordneten Instanz gemäß den Planzielen“ beigelegt werden (S.24)....

Die Schwäche dieser Position liegt in den unterstellten Prämissen.

Das Problem der Unübersehbarkeit volkswirtschaftlicher Prozesse mit mehreren Millionen Gütern ist das Grundproblem der Marktwirtschaft, aber nicht das Problem einer Gesellschaft, in der die Produktionsdaten edvmäßig gespeichert und allen zugänglich sind.

Abstrahiert man von der Informationstechnologie und der offenen Datenzugänglichkeit, sind Zentralanweisungen bei Planungen unausweichlich.

Fehlende Übereinstimmungen von dezentralen und gesamtwirtschaftlichen Planzielen lassen sich nicht, was Leipold unterstellt, durch zentrale Programmierungen der Verhaltensweisen lösen. Der Zusammenbruch des Stalinismus ist hier Beleg genug. Abstrahiert man von demokratischen Planungsvarianten, lässt sich leicht die Planung als Freiheitsentzugsinstrument missbrauchen.

### III. Strukturmerkmale des demokratischen Plansozialismus

#### 1. Planungsbereiche

Die Einführung der demokratischen Planung beinhaltet nicht, dass in den Frühstadien der sozialistischen Gesellschaft alle Wirtschaftsbereiche geplant werden.

Die volkswirtschaftliche Planung wird sich zunächst auf die Großunternehmen beschränken. Im Konsumbereich und in den kleineren bis mittleren Unternehmensgrößen bleibt der Markt aufgrund der Vielzahl der Wirtschaftseinheiten in der Frühphase des Sozialismus bestehen. Weder lassen sich die Millionen Kaufentscheidungen der Konsumenten noch die Angebots- und Nachfrageentscheidungen der Millionen Klein- und Mittelunternehmen beim heutigen Wissensstand im voraus abstimmen (allein in Deutschland bestehen rd. 2 Mill. Kleinunternehmen).

Dies bedeutet aber nicht, wie Altvater schreibt (S. 200), dass sich Plan und Markt sinnvoll ergänzen (Planung auf Makro- und Markt auf Mikroebene). Der Markt wird stets Störungen in die Wirtschaft reintragen und aufgrund seiner Funktionsschwächen langfristig in allen Wirtschaftsbereichen durch die Planung zurückgedrängt werden müssen.

Im Konsumbereich erfolgt die Marktzurückdrängung durch die Ausdehnung von freien Gütern und im Restwirtschaftsbereich durch Fortschritte im Größenwachstum, im Kooperationsbereich und in der Informationstechnologie.

Durch die Wirtschaftsdominanz der Großunternehmen erfolgt aber auch schon in den Frühstadien, trotz der fortbestehenden Marktkoordinierung im Kleinproduktionsbereich, eine Einbettung der Kleinbetriebe in die gesamtwirtschaftliche Planung.

Insgesamt ist der Marktersatz durch die gesamtwirtschaftliche Planung ein Entwicklungsprozess. Die Planung wird zunächst gesamtwirtschaftlich und einzelwirtschaftlich in den vorhandenen Großunternehmen und Staatsbereichen eingesetzt und zunehmend ausgebaut. Wann und wie schnell die Ausbreitung erfolgt, hängt von dem Produktivitätsstand, den Produktions- und Machtstrukturen und dem Entwicklungsstand der Planungstechniken ab.

#### 2. Der Planungsablauf

In Grundzügen könnte die demokratische Wirtschaftsplanung wie folgt ablaufen:

1. Die staatliche Planbehörde erstellt - aufbauend auf langfristigen Konzeptionen - Perspektivpläne über mittelfristige gesamtwirtschaftliche Rahmendaten (Entstehung, Verwendung und Verteilung des zukünftigen Ökoprodukts).
2. Diese werden über Volksentscheide abgestimmt. Gemäß der Bedarfsorientierung der Produktion liegt die letzte Entscheidung über die Rangfolge der Planziele bei der Bevölkerung (und nicht wie in DDR-Zeiten bei der SED-Führung).
3. Die Disaggregation der gesamtwirtschaftlichen Perspektivpläne auf die Regional-, Sektoral- und Unternehmensebene erfolgt in Zusammenarbeit mit den Planbehörden unter Aufsicht von Wirtschafts- und Sozialräten.
4. Die disaggregierten Perspektivpläne sind Orientierungsdaten für die strategischen und operativen Planungen der Einzelunternehmen. Sie erstellen ihre Planungen auf der Grundlage der Perspektivpläne und ihrer Ressourcen, Produktionsstrukturen, Produktionsverfahren, Beschaffungs- und Absatzmöglichkeiten.
5. Jedes Unternehmen und jede Region besitzt im Disaggregationsprozess Vetorechte. Die Disaggregation ist erst dann beendet, wenn die Zustimmungen der Unternehmen und der Regionen vorliegen.
6. Planabweichungen sind jederzeit möglich, solange zwischenbetriebliche Übereinstimmungen bestehen und der Perspektivplan in Grundzügen eingehalten wird.
7. Der Absatz und die Beschaffung erfolgen durch die Unternehmen zu Verrechnungspreisen.
8. Jeder Regionalrat und jedes Unternehmen verfügt über direkte Zugriffsmöglichkeiten zu den

Zentraldaten der Planbehörden und den Wirtschaftsdaten der anderen Unternehmen.

Die wirtschaftlichen und ökologischen Daten sind offen miteinander vernetzt.

9. Das Recht auf einen Erwerbsarbeitsplatz wird gesetzlich garantiert. Personelle Umschichtungen zwischen den Unternehmen erfolgen nach Zustimmung der Betroffenen durch Abordnungen und Versetzungen
- . Gesamtwirtschaftliche Arbeitsreduzierungen erfolgen durch Arbeitszeitverkürzungen.
10. Die Koordination der Beschäftigungsverteilung übernehmen die Wirtschafts- und Sozialräte.
11. Die Einkommensverteilung erfolgt arbeitsbezogen über gesamtwirtschaftliche Vergütungsgruppen, an deren Festlegung die Gewerkschaften, die Unternehmen und die Wirtschafts- und Sozialräte beteiligt sind. Gewerkschaften werden im Sozialismus nicht überflüssig. Sie bilden betriebliche Diskussions-, Kontroll- und Weiterbildungsorgane, die zur Verhinderung des Machtmissbrauchs neben den offiziellen Demokratieorganen erforderlich sind.

Diese Bausteine enthalten einige Skizzen einer zukünftig denkbaren demokratischen Planwirtschaft. Sie sollen zur Diskussion und zu Verbesserungsvorschlägen anregen. Sie enthalten kein konsistent durchdachtes Sozialismus-Konzept. Dieses Konzept ist aber erforderlich, wenn die Sozialisten überzeugen und Personen für den Sozialismus aktivieren wollen (vgl. Korsch, Novy). Mit sozialistischen Leerformeln sind in der Vergangenheit genug Schäden angerichtet worden, weil sie erheblich zur Zwangsgesellschaft des Stalinismus beigetragen haben. Gerade heute, wo der Sozialismus abgewertet wird, kann sich die Linke nicht mit dem Fehlschluß begnügen, Überlegungen zur Zukunftsorganisation seien überflüssig und schädlich.

An den aufgezeigten Strukturelementen der demokratischen Wirtschaftsplanung wird der Unterschied zur zentralen Wirtschaftsplanung deutlich. Bei der Zentralplanung kam es zu geringen Wirtschaftsleistungen, Güterengpässen und Fehlplanungen, weil die Zentrale keine Informationen über die betrieblichen Produktionsbedingungen und die Konsumwünsche besaß, sie die geringen Informationen aufgrund fehlender EDV-Einrichtungen nicht verarbeiten konnte und weil vor allem die betrieblichen Leistungsanreize und Leistungskontrollen zur Planerfüllung an der fehlenden Demokratie scheiterten.

In der demokratischen Wirtschaftsplanung, werden

- a) Informationen durch die hohe EDV-Ausstattung und EDV - Vernetzung und durch die Demokratiestruktur umfangreicher und schneller als im Marktgeschehen vorhanden sein
- b) durch die Informations- und Kommunikationstechnologien schnellere Anpassungen an neue Rahmendaten als im Markt möglich sein und
- c) die demokratischen Entscheidungsstrukturen zur einer höheren Motivation der Mitarbeiter(innen) und der Planerreichung als in der Marktwirtschaft führen.

Eine gesamtwirtschaftliche Planung setzt eine entwickelte Informations- und Kommunikationstechnologie voraus, und da diese weder in der UdSSR noch in der DDR vorhanden war, konnte die Planung, unabhängig von der hierarchischen Führung, weder in der UdSSR noch in der DDR funktionieren.

### 3. Funktion der Wirtschafts- und Sozialräte

Ein zentrales Strukturelement der demokratischen Planung bilden die Wirtschafts- und Sozialräte. Diese werden auf regionaler und auf gesamtstaatlicher Ebene eingerichtet.

Sie sind demokratisch zusammengesetzt und koordinieren in Zusammenarbeit mit den Unternehmen und den Staatsträgern horizontal und vertikal die Wirtschafts- und Haushaltsplanungen. Gleichzeitig sind sie die Träger der regionalen Wirtschafts- und Umweltförderung und -beratung, Kontrolleure der Staatsebenen und zuständig für die regionale Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftsberichtserstattung, für die Förderung der regionalen Förderungspotentiale, für die Verteilung der Wirtschaftshaushaltsmittel und für die Beschäftigungskoordination.

Nach dem Regionalisierungskonzept wird der Planungsraum in autonome Regionen unterteilt. Weisungs- und Gesetzgebungskompetenzen wird es nur auf der Regional- und der obersten Staatsebene geben. Bildet die Europäische Union der Planungsraum, besteht nach diesem

Modell Europa aus Regionen , deren politische Träger einerseits die Staatseinrichtungen auf EU- und auf Regionalanalebene und andererseits die Wirtschafts- und Sozialräte darstellen. Landes- und Bundesebenen sind nach diesem autonomen Regionalmodell aufgehoben.

Unternehmensbezogene und regionale Selbstverwaltungen sind über die Wirtschafts- und Sozialräte miteinander verbunden. Durch ihre Einrichtung und Kompetenzausweitung werden Schritt für Schritt Staatsaufgaben auf die Bürgerinnen und Bürger übertragen und Staats-tätigkeiten zu ehrenamtlichen Tätigkeiten. Ein Abbau der Erwerbsarbeitszeit wird mit einer Zunahme der politischen Beteiligung der Bevölkerung einhergehen und zu einer Ausdehnung direkt-demokratischer Beteiligungen führen.

Die Region ist nach diesem Modell das entscheidende Beschaffungs- und Absatzzentrum. Die Wirtschaftsorientierung erfolgt regional- und binnenmarktorientiert. Die Außenwirtschaft hat nur die Funktion, die erforderlichen Importprodukte zu beschaffen und hierfür den Export bereitzu-stellen.

### **III. Sozialisierungsstrategien**

Um zum Sozialismus zu gelangen, sind gangbare Zwischenschritte anzugeben, die zum Sozialismus führen. Der Sozialismus wird gerade angesichts seiner gegenwärtigen Abwertung nicht im Hauruckverfahren, sondern nur im langsamen Transformationsprozess errichtet werden können, der sowohl evolutionär und bei entsprechenden Zuspitzungen auch revolutionär erfolgen kann.

Die Demokratisierung der Wirtschaft und des Staates beinhaltet folgende Aufgabenbereiche:

#### **1. Die Demokratisierung der Unternehmensverfassung**

Hierzu gehören in den Großunternehmen die Ausweitung der Mitbestimmung bis zur Selbstbestimmung ; die Demokratisierung der Medien, die Demokratisierung der verschiedenen Staatsbereiche und die Demokratisierung der Banken und Versicherungen.

#### **2. Die Einrichtung von demokratisch legitimierten Wirtschafts- und Sozialräten**

Dies kann zunächst durch den Aufbau und die Stärkung der vorhandenen Vereine für die eigenständige Regionalentwicklung erfolgen, deren Kompetenzen im Zeitablauf zu erweitern sind.

#### **3. Die Einführung und Erweiterung direktdemokratischer Beteiligungsverfahren der Bevölkerung**

Je mehr die Bevölkerung am Willens- und Entscheidungsprozeß teilnimmt, desto mehr wird ihre Bereitschaft zur Partizipation steigen. Zur Zeit bilden die kommunalen Agenda 21 - Aktionsgruppen Möglichkeiten zur Ausweitung der demokratischen und umweltpolitischen Einflußnahme.

#### **4. Die Regionalisierung der Wirtschaftspolitik**

Hierzu gehören die Unterstützung der Aktivitäten „Produktion für und von der Region als Alternative“ zur Weltmarktorientierung und die Umsetzung der Leitlinie: Regionalisierung statt Globalisierung.

#### **5. Die Wiederbelebung der Investitionslenkungsdebatte der 70er Jahre**



## **6. Die Einführung einer gesamtwirtschaftlichen Rahmenplanung als Alternative zur neoliberalen Staatsverschlingung und zur staatlichen Globalsteuerung.**

Dies beinhaltet die Forderung nach Volksentscheidungen über gesamtwirtschaftliche Perspektivpläne.

## **7. Die Übertragung überbetrieblicher Mitwirkungs- und Mitentscheidungsrechte auf die Wirtschafts- und Sozialräte**

Wichtige Teile der Regionalpolitik (wie regionale Wirtschaftsförderung, Infrastrukturpolitik) wären auf die Wirtschafts- und Sozialräte zu übertragen. Gleichzeitig wären die Unternehmen verpflichtet, den Wirtschafts- und Sozialräten ihre Investitionspläne mitzuteilen. Von den Wirtschafts- und Sozialräten könnte ebenfalls die Öko-Audit-Organisation und -Kontrolle übernommen werden.

Da das Nebeneinander von unternehmensinternen und unternehmensexternen demokratischen Entscheidungsgremien, von direkten und marktmäßigen Interessenskoordinationen, worauf Nutzinger (S.122) zu Recht hinweist, Konfliktpotentiale enthält, sind genauere Untersuchungen durchzuführen, wie diese verringert werden können.

Hierzu gehören auch Überlegungen zur Zusammensetzung der Wirtschafts- und Sozialräte und zur genaueren Kompetenzabgrenzung zwischen den verschiedenen Gremien.

Novy sieht im „Fehlen einer ökonomisch fundierten Transformationsstrategie“ eine der Hauptursachen der Niederlagen der sozialistischen Bewegung.“ (S. 267).

Zur Zeit fehlt der linken Bewegung noch beides:

- Eine fundierte und einheitliche Sozialismuskonzeption und
- eine durchdachte, umfassende und ausgewogene Sozialisierungsstrategie.

Im Verlauf der kommenden Jahre werden die Sozialisten beide Aufgaben bewältigen müssen, wenn größere soziale, wirtschaftliche und ökologische Katastrophen verhindert werden sollen.

### **Literatur:**

1. Altvater, Elmar: Die Zukunft des Marktes, Verlag Westfälisches Dampfboot, 2. Auflage, Münster 1992
2. Bischoff, Joachim/Menard, Michael: Marktwirtschaft und Sozialismus, Der Dritte Weg, VSA - Verlag, Hamburg, 1990
3. Bolz, Klaus/ Clement, Hermann/ Lösch, Dieter: Wirtschaftssysteme, Marktwirtschaft - Kapitalismus - Planwirtschaft - Sozialismus, Ehrenwirth Verlag, München, 1978
4. Gärtner, Ulrich/Luder, Peter: Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft, Bd. 2b, Verlag Rüegger, Diessenhofen 1979, Kapitel 4
5. Hirsch, Joachim: Kapitalismus ohne Alternative ? , VSA - Verlag, Hamburg 1990
6. Keynes, John Meynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Dunckler u. Humblodt Verlag, Berlin 1974, 5. Auflage
7. Korsch, Karl: Rätebewegung und Klassenkampf, Gesamtausgabe Bd. 2, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, 1980, S. 164
8. Leipold, Helmut: Gesellschaftstheoretische Fundierung der Wirtschaftssysteme, in: Hamel, Hannelore: Soziale Marktwirtschaft - Sozialistische Planwirtschaft,

5. Auflage, Verlag Vahlen, München 1989

9. Lorz, Stephan, Rheinischer Merkur v. 11.4.97: Das Kapital in der Kritik
10. Marx, Karl: MEW Bd. 20, 25  
Marx zur Planung:  
„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch die planmäßige bewußte Organisation“ (MEW Bd. 20, S.264)
11. Neurath, Otto: Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung, in: Konege, Norbert/Kracht, Gerhard (Hrsg.), Sozialismus und Sozialisierung, Scriptor Verlag, Kronberg/Ts., 1975
12. Novy, Klaus: Strategien der Sozialisierung, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 1978
13. Nutzinger, Hans G.: Wirtschaftsdemokratie und betriebliche Mitbestimmung, Konzepte und Realisierungschancen, in: Birk/Eggerstedt/Tegtmeier(Hrsg.), Politik gegen die Krise, SP-Verlag, Marburg, 1985
14. Sozialistische Studiengruppen (SOST): Sozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, VSA-Verlag, Hamburg, 1980